Ä268 Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Antragsteller*in: Anna Heyer-Stuffer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu 2.7.

In Zeile 3:
Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können. ~~Dazu gehört auch, dass wir prüfen wollen, ob und wie politische Beteiligungsformen für Migrant*innen ermöglicht werden können. Außerdem möchten wir die Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.~~

Migrant*innen sind in Brandenburg nach wie vor in politischen Ent- scheidungsprozessen deutlich unterrepräsentiert. Daher setzen wir uns dafür ein, die bestehenden politischen Beteiligungsformen wie Beiräte zu stärken und weitere Formen zu prüfen.

Außerdem möchten wir die interkulturelle Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und die Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

Begründung

Die Migrantenbeiräte nach der Kommunalverfassung sind bereits eine Form der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, unterschiedlich aktiv und erfolgreich. Weitere Beteiligungsformen sind zu prüfen.